



Helmut Landsiedel
Fraktionsvorsitzender

Christina Musculus-Stahnke
stv. Fraktionsvorsitzende

Wolf-Dietmar Brandtner
stv. Fraktionsvorsitzender

Silke Jürgensen
Ratsfrau

Presseinformation

Nr. 29/2009 Kiel, 26. März 2009

Kieler Flughafengesellschaft (KFG)

Wie geht es weiter mit dem Kieler Flughafen? - FDP-Ratsfraktion stellt Kleine Anfrage

In der Beantwortung einer Kleinen Anfrage zum Flugplatz Kiel-Holtenau vom August 2008 führte die Verwaltung aus, dass der Flughafen trotz der Einstellung des Linienflugbetriebs seinen Auftrag keineswegs verloren habe. Es sei allerdings „die vorrangige Aufgabe der KFG, die Kosten des laufenden Betriebs weiter zu senken“. Zudem werde das Ziel verfolgt, „die bestehenden Geschäftsfelder weiterzuentwickeln und somit das Defizit zu mindern“, was beispielsweise „durch die weitere Ansiedlung von Unternehmen aus flughafennahen Branchen erfolgen“ könne, um „zusätzliche Erlöse aus der Vermietung bzw. Verkaufserlöse“ zu erzielen.

Vor dem Hintergrund dieser inzwischen rund sieben Monate alten Ausführungen der Verwaltung stellt der Vorsitzende und wirtschaftspolitische Sprecher der FDP-Ratsfraktion, Helmut Landsiedel, die folgende Kleine Anfrage:

1. *Wie viele Unternehmen wurden a) insgesamt und b) aus „flughafennahen Branchen“ inzwischen angesiedelt und für wie viele Unternehmen besteht die Aussicht auf eine Ansiedlung am Flughafen?*
2. *Welche Erfolge hat die KFG in den vergangenen sieben Monaten bei der Bestrebung erzielt, die „Kosten des laufenden Betriebs weiter zu senken“?*
3. *Wie sieht die perspektivische Entwicklung der Jahresfehlbeträge der KFG aus?*

„Angesichts der angespannten Haushaltslage und des von der Stadt jährlich zu tragenden Betriebsmittelzuschusses von über 700.000 Euro ist eine nachhaltige Defizitverringern der KFG notwendiger denn je.“

Die von der Verwaltung geforderte Kostensenkung, die in Aussicht gestellte Weiterentwicklung der Geschäftsfelder sowie die Ansiedlung von Unternehmen zur Erlössteigerung sind daher die Mittel der Wahl, sofern eine Veräußerung der KFG-Anteile oder die Schließung des Flughafens gegenwärtig keine realistischen Alternativen sind.

Es hat grundsätzlich wenig Sinn, finanzielle Mittel in dieser Größenordnung zu binden, wenn diese Gelder an vielen anderen Stellen effektiver und effizienter eingesetzt werden könnten. Da sollten wir dem Kieler Steuerzahler nichts vormachen.

Die Förderung eines Flughafens, dessen regionalwirtschaftliche Bedeutung tendenziell gegen Null geht, ist zudem wohl kaum mit der Gemeindeordnung vereinbar, wonach die Stadt mit den Steuergeldern wirtschaftlich und sparsam umzugehen hat.

Anders ausgedrückt: Das Projekt „Flughafen Kiel“ würde in der gegenwärtigen Form keiner Kosten-Nutzen-Analyse standhalten.

Die Anfrage soll deshalb Klarheit über die perspektivischen Entwicklungsmöglichkeiten des Unternehmens bringen“, so Landsiedel.

V. i. S. d. P.

Peter Helm
Fraktionsgeschäftsführer